Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 10,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tagblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 13. Donnerstag den 13. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Unter Zustimmung der Stadtverordneten und mit Genehmigung der königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen haben wir die Eröffnung einer städtischen Anleihe von

Dreißig Millionen Mark

in zwei getrennten Serien beschlossen, von welcher die erste Serie im Betrage von

Sechszehn Millionen Mark

zunächst unter den nachstehenden Bedingungen begeben werden soll. Der Ertrag dieser ersten Serie ist bestimmt zur Vollendung des im Bau begriffenen Schlacht- und Viehhofes, zur Erweiterung der Wasserleitungs- und Beleuchtungsanlagen, zu anderen städtischen Bauten, zur Rückzahlung der 4proc. Stadtanleihen aus den Jahren 1850, 1856 und 1864 und zum Ersatz eines Theiles der Anleihe von 1884.

Zu diesem Behufe werden Stadtschuldscheine in Stücken zu 5000, 1000, 500 und 100 ℳ und zwar:

3,750,000 ℳ à 5000 ℳ Lit. A in 750 Stücken
5,330,000 „ „ 1000 „ „ B in 5,330 „
5,320,000 „ „ 500 „ „ C in 10,640 „
1,600,000 „ „ 100 „ „ D in 16,000 „

verausgabt, welche auf den Inhaber lauten und von Seiten des Gläubigers unkündbar sind. Die unerhoben gebliebenen Zinsen verfallen nach Ablauf von 3 Jahren, vom Verfalltage an. Das Aufgebotsverfahren behufs Kraftloserklärung der Schuldscheine, Zinsleisten und Zinsscheine findet vor dem hiesigen Amtsgericht Leipzig statt.

Die Zinsen zu Drei und Einhalb vom Hundert jährlich werden in zwei Terminen, den 30. Juni und den 31. December jeden Jahres, bei der Stadtcasse ausbezahlt.

Als Sicherheit des Hauptstammes wie der Zinsen dient das gesammte Vermögen der Stadt Leipzig, und die ganze Stadtgemeinde haftet für Erfüllung der gegen die Gläubiger übernommenen Verbindlichkeiten.

Die Anleihe wird im Wege der Ausloosung getilgt und zwar dergestalt, daß in jedem Halbjahre ein Betrag zurückgezahlt wird, welcher sich aus 48,000 ℳ (⁵/₁₀ des ursprünglichen Anleihecapitals) und aus demjenigen Betrage zusammensetzt, der in Folge der bereits bewirkten Tilgung an Zinsen erspart wird. Die auszuloosende Summe ist auf die einzelnen Werthgattungen (Lit. A, B, C und D) nach Maßgabe der davon noch im Umlaufe befindlichen Beträge zu vertheilen.

Sie beginnt mit Ablauf des fünften Jahres nach dem ersten Zinstermine dergestalt, daß in der letzten Hälfte dieses fünften Jahres die erste Ausloosung, am 30. Juni des darauffolgenden Jahres aber die erste Zahlung erfolgt und in derselben Weise von Jahr zu Jahr fortgefahren wird. Die jedesmalige Ausloosung und die damit zu verbindende Kündigung der ausgeloosten Scheine wird in der Leipziger Zeitung und den Leipziger Nachrichten wenigstens zweimal mit Belassung eines Zwischenraumes von 14 Tagen bekannt gemacht, hierbei auch das Verzeichniß der früher ausgeloosten, jedoch nicht zur Zahlung präsentirten Scheine wiederholt. Zwischen der ersten Bekanntmachung der Ausloosung und dem Rückzahlungstermine muß ein Zeitraum von sechs Monaten liegen. Vom Rückzahlungstermine ab findet eine weitere Verzinsung der gekündigten Capitalbeträge nicht mehr statt.

Wir behalten uns die Kündigung des ganzen Betrages der Serie oder eines Theiles derselben, sowie den ganzen oder theilweisen Rückkauf oder eine verstärkte Ausloosung ausdrücklich vor, doch darf dies nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach dem ersten zur Auszahlung gelangenden Zinstermin erfolgen.

Die sämmtlichen vorstehend bezüglich der Ausloosung und Rückzahlung der ausgeloosten Scheine getroffenen Bestimmungen gelten auch für diese vorbehaltene Kündigung.

Die Vollziehung der Schuldscheine erfolgt durch den Oberbürgermeister und je eines der von uns hierzu ausdrücklich beauftragten Rathsmitglieder

Gruner,
Hettler,
Holze,
Dohlenz und
Scharf,

sowie vom Stadtcassirer **Schulze**

in der Weise, daß die Unterschrift des Oberbürgermeisters facsimilirt, die des Rathsmitgliedes, sowie die des Stadtcassirers eigenhändig bewirkt wird.

Die Zinsleisten und Zinsscheine tragen die facsimilirten Namenszüge des Oberbürgermeisters, je eines der genannten Rathsmitglieder und des Stadtcassirers.

In gleicher Weise erfolgt die Vollziehung der künftig auszufertigenden Zinsleisten und Zinsscheine.

Leipzig, den 12. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.
Oberbürgermeister. Hentschel.

Holz-Auction.

Mittwoch, den 19. Januar 1887 sollen im Forstreviere **Burgau** auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abth. 18a und 23a im sogenannten Leutzscher Holze, dicht an der **Thüringer Eisenbahn** und der **großen Eiche** von **Vormittags 9 Uhr** an

200 starke **Abraumhaufen** und
225 „ **Langhaufen,**

unter den im Termine öffentlich auszuhängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 29. December 1886.

Des Raths Forst-Deputation.

Kirchencapellen-Vermiethung.

In der **Universitätskirche** hier sind einige **Capellen** resp. **Capellenantheile** zu vermiethen.

Reflectanten werden ersucht, sich deshalb mit dem Universitäts-Rentamte in Verbindung zu setzen.

Leipzig, am 12. Januar 1887.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Bekanntmachung.

Die diesjährige **Neujahrsmesse** endet mit dem 15. Januar. An diesem Tage sind die **Buden und Stände** auf den Plätzen der **inneren** Stadt bis **Nachmittags 4 Uhr** vollständig **zu räumen**, während deren Entfernung bis spätestens 8 Uhr Morgens des 16. Januar stattzufinden hat.

Die auf dem Augustusplatze und auf den öffentlichen Wegen und Plätzen der Vorstadt befindlichen **Buden und Stände** sind des Abends 8 Uhr des 15. Januar zu räumen und am 16. und 17. Januar, jedoch lediglich während der Tagesstunden, von früh 6 bis Abends 7 Uhr abzubrechen und wegzuschaffen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, für welche auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden. Uebrigens haben Säumige auch die Obrigkeitswegen zu verfügende Beseitigung der Buden zu gewärtigen.

Leipzig, am 10. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 81. Dr. Georgi. Hennig.

Nutzholzauction.

Freitag, den 14. Januar 1887 sollen im Forstrevviere **Burgau** auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abth. 18a und 23a im sogenannten Leutzscher Holze, dicht an der **Thüringer Eisenbahn** und der **„großen Eiche"** von **Vormittags 9 Uhr an:**

37 Eichen-
17 Buchen-
108 Rüstern-
58 Linden-
48 Eichen-
8 Ahorn-
9 Maßholder-
66 Ellern-
2 Apfelbaum-
2 Faulbaum-
6 Stück **Rahmknie** und } **Nutzklötze,**
78 „ **Schirrhölzer**

unter den im Termine öffentlich auszuhängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 29. December 1886.

Des Raths Forstdeputation.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Donnerstag, den 13. Januar 1887, Nachmittags 5 Uhr, in deren Sitzungslokale, Neue Börse, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Neuwahl der **ständigen Ausschüsse** (mit Ausnahme des Verfassungs- und Wahl-Ausschusses).
3. Wahl eines **Schatzmeisters.**
4. Ueberbung eines Mitgliedes in den **Vorstand der öffentlichen Handelslehranstalt.**
5. Bericht des Verfassungs-Ausschusses über das Gesuch des Comités der Internationalen Ausstellung für Volksernährung und Kochkunst um Bewilligung eines Preises oder einer sonstigen Anerkennung.
6. Bericht über das Ersuchen des Königl. Preußischen Amtsgerichts zu Hagen um ein **Gutachten über Gewichtsverluste bei Waldschlieder.**

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Vermiethung.

Die gegenwärtig von der **Gesellschaft Harmonie** ermietete, zu Geschäfts- und Wohnzwecken sich eignende 1. und 2. Etage im **Universitätsgrundstücke Goethestraße Nr. 6,** zusammen oder getrennt, ist vom 1. October 1887 ab zu vermiethen.

Reflectanten wollen gefälligst mit dem unterzeichneten Rentamte in Verbindung treten.

Leipzig, am 12. Januar 1887.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Krankengelder findet bis auf Weiteres Sonnabends und Montags statt.

Leipzig, am 11. Januar 1887.

Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die hiesige Zschocherische Straße soll nächstes Frühjahr bis zur Königsbrücke gepflastert werden.

Diese Arbeiten sind im Wege der Submission zu vergeben und können Kostenanschläge, welche bis

zum 20. dss. Mts.

unser eingereichen sind, im hiesigen Rathhause, Zimmer Nr. 8, entnommen werden.

Die Auswahl unter den Submittenten bleibt vorbehalten.

Plagwitz, am 11. Januar 1887.

Der Gemeinderath.
Uhlig, Gemeindevorst.

Nichtamtlicher Theil.

Die zweite Lesung der Militairvorlage.

Die Bilanz der Dienstagssitzung des Reichstages ist: Windthorst hat die gewünschten Aufschlüsse über die auswärtige Lage vom Reichskanzler erhalten, bei Verwerthung derselben für seine Parteizwecke aber einen Grad von Unkenntniß und von Ungeschicklichkeit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik bewiesen, daß es dem Reichskanzler sehr leicht wurde, ihn mit einigen wohlgezielten Hieben abzuführen. Der Hieb „Wiederherstellung Hannovers" saß so vorzüglich, daß Windthorst die Hannoveraner gegen den Verdacht in Schutz nehmen zu müssen glaubte, daß einer von ihnen die Selbstständigkeit Hannovers mit Hilfe einer auswärtigen Macht wiedergewinnen wolle. Windthorst hat aber mittelbar zugestanden, daß ihm die Lostrennung der Provinz Hannover vom Königreich Preußen erwünscht wäre. Wie denkt sich nun Herr Windthorst die Möglichkeit der Wiederherstellung? Glaubt er vielleicht, daß Preußen Hannover gutwillig herausgeben wird? Da er diese Frage verneinen muß, so ist die Wiederherstellung Hannovers gleichbedeutend mit der Auflösung des deutschen Reiches, und diese könnte nur die Folge eines unglücklichen Krieges gegen Frankreich sein.

Herr Windthorst hatte das Richtige getroffen, als er sagte: „Nach den Erklärungen des Reichskanzlers wäre es wohl praktischer, einfach abzustimmen und das Weitere zu erwarten." Der Rathschlag aber: „Mit Rücksicht auf die Wähler müssen wir uns jedoch über diese Frage noch recht gründlich unterhalten", zeigt, daß es dem Centrumsführer darum zu thun ist, den tiefen Eindruck der Rede des Reichskanzlers abzuschwächen und den Wählern blauen Dunst vorzumachen. Das ist ihm aber so schlecht gelungen, daß er vielmehr im Eifer des Gefechts Dinge gesagt hat, die er im Interesse seiner Partei besser verschwiegen hätte. Er hat zugestanden, daß er die dreijährige Bewilligung der siebenjährigen nur deshalb vorzieht, weil er bei veränderter Sachlage noch drei Jahren eine Rückbildung herbeiführen will, und das steht mit Sinn und Zweck der Vorlage in unleugbarem Widerspruch, wie der Reichskanzler überzeugend nachgewiesen hat. Im Kopfe des Herrn Windthorst malt sich die europäische Lage in höchst phantastischer und grotesker Weise ab. Danach haben die Rüstungen Rußlands nur das Ziel, Deutschland gegen seine Feinde zu schützen, und die französische Revanchepolitik ist so wenig ernst zu nehmen, daß sie sich nach drei Jahren in aufrichtige Freundschaft mit Deutschland verwandelt haben kann. Als Schlußeffect läßt Herr Windthorst die Phrase erklingen: „Sollte es wirklich zum Kriege kommen, so wird das Ausland erkennen, daß wir Alle nur eine Partei bilden." Darauf erwiderte der Reichskanzler sehr wirkungsvoll, daß es ihm lieber wäre, wenn diese Erscheinung schon jetzt hervortrüte.

Mit dieser Rede wird Herr Windthorst auch bei seinen Wählern keine Ehre einlegen, und wenn ihm dennoch dafür Zustimmung zu Theil werden sollte, so hat er diese mehr seinen vergangenen Erfolgen zu verdanken als seinen gegenwärtigen Bemühungen, jenen einen neuen hinzuzufügen. Windthorst's Parteipolitik ist überhaupt nur ein Product des Verbandes, er hat kein Herz für Deutschland, sondern er schwärmt für die Wiederherstellung Hannovers. Aus dieser Empfindung heraus kann er nichts sagen, was die Sache trifft, denn zur Erreichung dieses Zieles würde die Reorganisirung des deutschen Heeres das allein denkbare Mittel sein. Das deutsche Volk will aber davon nichts wissen, es ist stolz auf sein Heer und in sich der Pflicht, Blut und Leben für die Vertheidigung des Vaterlandes dahinzugeben, wohl bewußt.

In Anbetracht dieser unzweifelhaften Thatsache mangelt es dem deutschen Volke auch an jedem Verständniß für die Stellung, welche Freiherr von Stauffenberg zu der Militairvorlage einnimmt. Daß die Dienstzeit dem Erwerbsleben hinderlich ist, braucht uns Herr von Stauffenberg nicht zu sagen, aber was er verschwiegen hat, ist, daß nichts im Stande ist, die Schäden aufzuwiegen, welche ein unglücklicher Krieg dem Erwerbsleben bereiten würde. Zur Begründung seiner Anträge hat Herr von Stauffenberg auch nicht einen einzigen stichhaltigen Grund anzuführen vermocht. Warum er nur 441,200 auf drei Jahre und 16 Bataillone nur auf ein Jahr bewilligen will, darüber erfährt man nichts, er begnügt sich, auf das Ergebniß der Commissionsverhandlungen zu verweisen, und das ist bekanntlich Null. Das sind die Gegner der Vorlage, welche am Dienstag zu Worte gekommen sind. Man kann mit vollem Recht sagen, das beide berühmte Redner noch nie zuvor eine ähnliche parlamentarische Niederlage erlebt haben. Herrn von Stauffenberg gelang es kaum, sich Gehör zu verschaffen, und Windthorst wurde vom Reichskanzler so glänzend abgeführt, daß er langer Zeit und weiter Erfolge bedürfen wird, um sich von diesem Schlage zu erholen.

Wir kommen jetzt zu den Vertretern der Vorlage, Moltke und Bismarck. Beiden gehörte unbestritten der Sieg des Tages, und dieser Sieg war so überwältigend, daß es am Klügsten wäre, wenn die Opposition sich mit den bisherigen Mißerfolgen begnügte und auf weitere Gegenwehr verzichtete. Was Richter gegen die Regierungsvorlage vorzubringen vermag, hat er bis zum Ueberdruß im Plenum bei der ersten Lesung und bei den Commissionsverhandlungen gesagt, daß noch zu Erwartende kann füglich nichts Anderes sein als Wiederholung in anderer Form, gewürzt mit einigen wohlfeilen Erwiderungen auf die Ausführungen des Kanzlers, die höchstens in den Kreisen der Freisinnigen noch einen schwachen Wiederhall finden können.

Feldmarschall Moltke begann das parlamentarische Gefecht mit einigen kurzen Sentenzen in Lapidarschrift, deren Gewicht in ganz Europa gewürdigt werden wird. Er sagte: „Die Annahme der Vorlage wäre eine Bürgschaft des Friedens, ihre Ablehnung aber bedeutet, wie ich fürchte, mit Sicherheit den Krieg." — Dann fuhr er fort: „Die Grundlage jeder militairischen Organisation ist die Dauer, die militairischen Einrichtungen können erst im Laufe der Jahre erstarken." Das mögen sich Diejenigen gesagt sein lassen, welche von einjähriger oder von dreijähriger Bewilligung reden, sie haben überhaupt kein Verständniß für die Organisation des deutschen Heeres. „Der Krieg mit Frankreich kann in 10 Tagen eintreten oder erst in 10 Jahren, das hängt von der Dauer der Regierung in Frankreich ab", hat Fürst Bismarck am Dienstag wiederholt gesagt. „Wir brauchen eine erhöhte Truppenzahl für die Dauer, um unseren Feinden auch an Zahl gewachsen zu sein." Soll der Reichstag alljährlich oder alle drei Jahre über Dinge reden, für die ihm das erforderliche Sachverständniß abgeht, und politische Erörterungen anstellen, welche die Erhaltung des Friedens nur gefährden können?

Fürst Bismarck hat mit dankenswerther Offenheit erklärt, daß die Hauptgefahr von Frankreich droht, und am Klarsten hat er die Sachlage in seiner zweiten Rede gekennzeichnet mit den Worten: „Wir hätten diese Vorlage schon vor 2 Jahren gemacht, wenn wir nicht immer noch geglaubt hätten, daß unsere Bemühungen erfolgreich und der Friede gesichert sein würde. Nachdem wir jetzt aber gesehen haben, daß der Liebe Müh' umsonst gewesen, müssen wir uns sichern." Was wir von Frankreich befürchten, hat Fürst Bismarck in die Worte zusammengefaßt: „Napoleon III. hat den Krieg als Sicherheitsventil benutzt, warum sollte also General Boulanger, wenn er ans Ruder kommt, nicht das Gleiche thun?"

Aus der Rede Bismarck's geht ferner hervor, daß nach seiner Ueberzeugung die Franzosen uns angreifen werden, wenn sie glauben, daß ihre Mannschaften zahlreicher, ihre Gewehre vollkommener oder ihr Pulver besser ist als unseres. Außerdem betonte Fürst Bismarck, daß in Frankreich nach geschichtlichen Erfahrungen die Minorität entscheidet und nicht die Majorität. Dagegen sagt der Reichskanzler zu Frankreich gewendet: „Wenn Frankreich so gesonnen ist, wie wir, dann haben wir niemals mehr Krieg mit Frankreich."

Unser Verhältniß zu Rußland ist durch die folgenden Worte der Bismarck'schen Reden charakterisirt: „Wir werden mit Rußland keine Händel haben, wenn wir ihm nicht in Bulgarien entgegentreten. Im Uebrigen erinnere ich an das Wort Hamlet's: Was ist ihm Hekuba? Was ist uns Bulgarien? Wir werden uns wegen Bulgarien nicht mit Rußland überwerfen, die Freundschaft Rußlands ist uns wichtiger als die Bulgariens und aller Bulgarenfreunde in Deutschland."

Ueber Deutschlands Beziehungen zu Oesterreich äußerte der Reichskanzler zunächst, daß sie besser seien als jemals zur Zeit des deutschen Bundestages. Unsere Aufgabe sei, den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland zu erhalten, wir liefen allerdings dabei Gefahr, in Wien für russisch, in St. Petersburg für österreichisch gehalten zu werden. Zu Windthorst gewandt, welcher die deutschen und österreichischen Interessen im Orient für identisch erklärt, sagte der Kanzler: „Unsere Beziehungen zu Oesterreich sind sehr freundschaftliche, aber deshalb brauchen die beiderseitigen Cabinete einander noch nicht dienstbar zu sein. Selbst wenn Herr Windthorst mein Nachfolger werden sollte, haben wir kein Interesse im Orient."

Mit dieser gründlichen und schonungslosen Abfertigung sollte Windthorst nach menschlichem Ermessen eigentlich genug haben und am Ende seiner parlamentarischen Erfolge angelangt sein. Was uns aber anbetrifft, so sind wir der Ansicht, daß, wenn Kaiser und Kanzler den Appell an das deutsche Volk stellen müssen, die Mehrheit desselben durch die Wahlen beweisen wird, daß die Wohlfahrt, Größe und Sicherheit des Vaterlandes ihm mehr am Herzen liegen als das Parteiinteresse, dessen Herrschaft im deutschen Reichstage Zustände geschaffen hat, die für die Dauer unerträglich sind. *

Leipzig, 13. Januar 1887.

* Die Bundesrathsausschüsse für Landheer, Festungen und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen haben den Entwurf über die Militair-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Kriege nebst Entwurf eines Militairtarifs für Eisenbahnen in vielen Beziehungen abgeändert. Die Veränderungen sind jedoch zumeist nur redactioneller Art.

* Das fünfzigjährige Jubiläum des Wirkl. Geh. Rathes Dr. Pape gestaltete sich, obwohl derselbe von dem Geräusche officieller Feierlichkeiten sich zurückgezogen hatte, zu einem Ehrentage für den im Dienste des Rechtes ergrauten Jubilar. Der Kaiser hat, wie schon gemeldet, dem Jubilar den Rothen Adler-Orden erster Classe mit Eichenlaub und mit dem Emailleband des Kronen-Ordens verliehen, den der Staatssecretair des Reichs-Justizamts Dr. v. Schelling ihm persönlich überbrachte. Die Mitglieder der Civilgesetzbuchs-Commission haben ihrem Vorsitzenden eine auf einer Marmorsäule stehende Bronzebüste des Kaisers verehrt. Aus allen Theilen Deutschlands liefen Adressen, Glückwunschtelegramme und Blumenspenden in zahlloser Menge ein. Die philosophische Facultät der Berliner Universität verlieh dem Jubilar die Ehrenwürde eines Doctors der Philosophie, die ihm schon früher von der Leipziger Universität zu Theil geworden war.

* Die kürzlich gegen die socialdemokratische Reichstagsfraction wegen deren Mitarbeit in den Commissionen zu Felde gezogenen „Beauftragten" der Berliner Socialdemokratie hatten in einem sächsischen Blatte eine Abfertigung erfahren aus der Feder eines Reichstagsabgeordneten, welcher den revolutionair angehauchten Wortführern seiner reichshauptstädtischen Parteigenossen auseinandersetzte, daß die socialdemokratischen Abgeordneten Besseres zu thun hätten, als nach der Ansicht der Berliner „die Sache der proletarischen Revolution zu fördern". Etwas verspätet, was auf einen mehrfachen Instanzenweg des Artelschlitzen läßt, kommen jetzt die Berliner Freunde der schärferen Tonart mit einer ziemlich despectirlich gehaltenen Erklärung, daß sie die große Majorität der zielbewußten socialistischen Wähler Berlins hinter sich hätten und daß der betreffende Abgeordnete eine ganz irrige Vorstellung von dem Gange der Arbeiterbewegung und ihrer Förderung durch die Reden der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage habe, wenn er an die Möglichkeit einer „intellectuellen" Wahrnehmung der Arbeiterinteressen glaube. Hatte der Abgeordnete in jenem sächsischen Blatte erklärt, die socialdemokratischen Abgeordneten hätten „intellectuell" dahin zu wirken, daß immer mehr erkannt werde, wie die Durchführung socialistischer Ideen durch den Staat, nach dem Stande der einmal gewordenen wirthschaftlichen Entwickelung, die Grundlage wirthschaftlicher Wohlfahrt schaffen könne u. s. w., so fragen darauf die vom „Klassenkampf" Beseelten der Reichshauptstadt zurück: „Also die Abgeordneten sollen Zeit und Worte vergeuden, um den verthierten Schädeln preußischer Krautjunker, den geschorenen oder geschorenen Köpfen der privilegirten Verbreiter pietistischen Blödsinns und den Sparsamgebirnen denkfauler Bourgeois klar zu machen, daß sie allmälig aufhören müssen, so wie bisher auf Kosten der Arbeiter zu leben?" Nur wenn der anonyme socialdemokratische Abgeordnete das „Schaubuch" der heutigen Gesellschaft auszulöschen vermöge, wenn er wirkliche, auf friedlichem Wege erlangte Zugeständnisse der herrschenden Classen an das Proletariat, keine Scheinconcessionen nachweisen könne, nur dann wollten die Berliner Parteigenossen ihn von der Aufgabe entbinden, die proletarische Revolution vorzubereiten. Vorläufig erklären sie seine Ansicht für unvereinbar mit den wirklichen Verhältnissen, mit den Principien der socialdemokratischen Partei und mit den Geboten der Taktik. Statt im Reichstage „den Bettelsack vor den gegnerischen Parteien zu schwingen", sollten die Abgeordneten die Tribüne nur betreten, um von ihr herab zu dem Volke zu reden. Eines aber genehmigen die Berliner „Beauftragten": die Betheiligung der socialdemokratischen Abgeordneten an den Berathungen der Wahlprüfungscommission, damit recht viele Wahlen für ungültig erklärt werden und so die Partei Gelegenheit habe, bei den Wahlen in die Agitation einzutreten. Nachdem diese Auffassung von der Aufgabe der socialdemokratischen Abgeordneten des Weiteren ausgeführt, verwahren sich die „Beauftragten" gegen die Annahme, daß sie die Parteileitung der Fraction gänzlich genommen sehen wollten. Sie wollten dieselben nur nicht mehr ausschließlich in den Händen der Fraction oder des Fractionsvorstandes wissen. Schließlich erbieten sie sich zu mündlichen Auseinandersetzungen mit dem betreffenden Mitgliede ihrer Fraction.

SLUB
Wir führen Wissen.